



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Oktober 2014

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung (bereits per Post versandt)

Samstag, den 11. Oktober 2014, von 11:00 bis 13:30 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg

„Wie bereits vor der Wahl der Delegierten zur Landesvertreterversammlung schaffen wir auch vor den Wahlkreisversammlungen zur Aufstellung der in den Wahlkreisen 1 und 2 zur Bürgerschaft Kandidierenden im Rahmen einer BMV Raum für eine politische Aussprache. Diesmal soll es um die gemeinsame Bestimmung bezirklicher Schwerpunkte für den Bürgerschaftswahlkampf gehen. Wir können dabei neben dem noch in der Erarbeitung befindlichen Bürgerschaftswahlprogramm gut auf unserem Bezirkswahlprogramm, unseren Erfahrungen im Wahlkampf im Frühjahr diesen Jahres (inkl. der guten Wahlergebnisse) sowie den jüngeren Erfolgen (wie der Absage an die Seilbahn) aufbauen.

Ein Schwerpunkt, den wir auf der BMV im August schon ausgemacht haben, ist aktueller denn je geworden: Offensivität und Aufklärung zur Minimierung der „AfD“. Zudem sollten wir unsere Friedenspositionen vor dem Hintergrund des Tabubruchs der Bundesregierung durch Waffenlieferungen in ein Krisengebiet erneut schärfen. Unter Umständen werden wir darüber hinaus weitere Änderungen am Bürgerschaftswahlprogramm beschließen müssen, da manche Teile zu der dafür vorgesehenen BMV am 01.10. leider noch nicht

abschließend vorlagen.“(Alexander Benthin)

Im Anschluss an die Bezirksmitgliederversammlung finden die Wahlkreisversammlungen zur Aufstellung der bis zu 10 DirektkandidatInnen in den Bürgerschaftswahlkreisen 1 („Mitte“) und 2 („Billstedt/Wilhelmsburg/Finkenwerder“) statt. Drei Bewerbungen hierzu findet ihr in dieser Ausgabe des Mittemang, eine (Ronald Kelm) wurde bereits im August veröffentlicht, weitere Kandidaturen sind ausdrücklich erwünscht.

Wahlkreisversammlungen:

Jeweils ab 14:30 Uhr ebenfalls im Bürgerhaus Wilhelmsburg, Räume werden dort bekannt gegeben.

Stimmberechtigt auf diesen Versammlungen sind alle Mitglieder der LINKEN, die im jeweiligen Wahlkreis wohnen und am Tag der Versammlung das Stimmrecht zur Bürgerschaftswahl haben (sie müssen das **16. Lebensjahr** vollendet haben und deutsche StaatsbürgerInnen sein)

Im Rahmen der Mandatsprüfung müssen wir das überprüfen, und daher bitten wir Euch auf jeden Fall - **einen gültigen Personalausweis oder - einen gültigen Reisepass mit einer zusätzlichen amtlichen Meldebestätigung** mitzubringen.

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe:
Dienstag, 11.11.2014

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

| | |
|-------------------------------------|-------|
| Aus dem Vorstand | S. 2 |
| Briefe | S. 3 |
| Kandidaturen | S. 4 |
| Delegierte/Ausschüsse | S. 7 |
| Beteiligungsgremien | S. 8 |
| Koalitionsvertrag Mitte | S. 9 |
| Wutbürger | S. 10 |
| Antiziganismus | S. 10 |
| Termine/Kontakt | S. 13 |
| Anlage: Aufruf 2. Beteiligungsforum | |

Informationen aus dem Vorstand

Hamburg den 03.10.2014

Liebe Genossinnen und Genossen,
gut 25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion und der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik lässt sich täglich deutlicher konstatieren: Der entfesselte Kapitalismus ist gescheitert, denn er hat die Welt nicht sozialer, friedlicher und ökologisch nachhaltiger gemacht. Mit dem neoliberalen Kapitalismus bricht nun auch sein Rückhalt in der Bevölkerung zusammen. So wächst die Befürwortung von Frieden und sozial progressiven Reformen - und damit einhergehend der Unmut gegenüber den Herrschenden und ihren Regierenden. Das haben wir z.B. in Form einer engagierten Diskussion bei der gut besuchten Veranstaltung "Für Frieden in der Ukraine - gegen Kriegspropaganda und Eskalation" mit MdB Andrej Hunko erlebt.

Da es aber insgesamt noch an Assoziierung und Hoffnung für eine durchweg menschliche Gesellschaftsentwicklung mangelt, wächst momentan auch die Befürwortung von leichten Linderungen in rot-rot-grün und es bleibt **Raum für die nationalchauvinistische AfD**, den grundlegenden gesellschaftlichen Unmut mit sozialer Demagogie teilweise einzufangen.

Nachdem in Sachsen, Brandenburg und Thüringen gewählt wurde steuert nun Hamburg auf die Bürgerschaftswahl im Februar 2015 zu. Die Wahlen im Osten haben gezeigt: Um der AfD die Möglichkeit zu nehmen, sich als soziale "Alternative" zu inszenieren, muss **DIE LINKE ihr Profil als sozialistische Systemopposition und -alternative** stärker ausprägen.

Mit dem Beschluss des von unserem Bezirksverband mit eingebrachten Grundsatzpapiers "Veränderungen beginnen mit Opposition" hat der Landesparteitag eine klare Orientierung in diesem Sinne für einen positiv orientierten, souveränen Oppositionskurs mit den **Kernthemen Frieden und soziale Gerechtigkeit** gegeben, die laut benanntem Papier auch für die Wahlprogrammatik prägend sein soll. In der oben zitierten Präambel aus dem Programmwurf ist das gut gelungen, was unser Bezirksverband auf seiner mit knapp 40 Anwesenden gut besuchten BMV vom 06.09. mit einem Beschluss zum Ausdruck gebracht hat. Diesen findet ihr ebenfalls hier im MittenMang dokumentiert (S. 6).

Nun gilt es diesen Kurs spätestens mit dem **Landesparteitag am 31.10 und 01.11.** auch in den anderen Teilen des Programms zu konkretisieren. Für die Einreichung von Änderungsanträgen beim Landesvorstand haben wir bis zum 23.10. Zeit. Ab Montag findet ihr unter www.die-linke-hamburg.de/partei/landesparteitag.html ein neues Portal mit den Unterlagen zum Parteitag,

darunter auch der immer aktuelle Stand zum Wahlprogramm. Delegierte erhalten das Wahlprogramm zum Ende der Woche auch postalisch und es wird zu Anfang der Woche über den Landes-Aktiven-Verteiler verschickt, auf den ihr euch hier eintragen könnt: <https://lists.die-linke-hh.de/mailman/listinfo/lv-aktive>

Für Änderungsanträge hat die BMV vom 01.10. in lebhafter Diskussion eine Orientierung erarbeitet. Demnach gilt es besonders in den Teilen Arbeit, Kultur, Demokratie, Ökologie, Hafen und Mobilität/Verkehr unsere grundsätzliche **Kritik an der Profitheckerei** und einen **Ausblick** auf solidarische Verfügung spezifisch zu äußern und von dort aus die näheren Ausführungen ggf. zu korrigieren und auf das Wesentliche zu reduzieren, also: Was ist das grundsätzliche Problem? Was schafft humane Perspektive? Bei den Forderungen ist deutlicher zu machen, **mit welchen Schritten wir welches Ziel** erreichen wollen.

Ihr habt nun **bis zum 15.10. Gelegenheit, Änderungen zu formulieren** und an den Bezirksvorstand zu schicken, wenn ihr eure Änderungen über den Bezirk Mitte eingereicht wissen wollt. Wir werden diese dann zusammenführen und an den Landesvorstand weiterleiten.

Das Zweite, das in Sachen Bürgerschaftswahlen aktuell ansteht, ist das Hervorbringen eines **solidarischen und aktivierenden Wahlkampfs**. Denn wir Parteiaktive an der Basis wollen nicht wie in den anderen Parteien unseren KandidatInnen Hilfestellung leisten, in Amt und Würden zu kommen, um dann "vertreten" zu werden, sondern als GenossInnen gemeinsam aufrütteln und zur fortschrittlichen Assoziierung ermutigen. Dafür lädt der Bezirksvorstand nun zu einem ersten offenen Treffen für ein **Wahlkampfaktiv am Montag, 06.10.** um 19 Uhr im Parteibüro Borgfelder Straße 83 ein. Dort wollen wir inhaltlich starten mit der Entwicklung von bezirklichen Wahlkampfschwerpunkten, die dann bei der BMV am Samstag 11.10. diskutiert und beschlossen werden sollen.

Im Anschluss an die BMV werden wir auf 2 Versammlungen aufgeteilt Kandidierende für die Wahlkreise 1 und 2 aufstellen. Der Bezirksvorstand lädt in Hinblick auf eine solidarische Kultur im Wahlkampf zu einem **Treffen aller Kandidierenden am 09.10. um 19:00 Uhr** in die Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion Bucerusstraße 2 ein.

Hier im MittenMang abgedruckt findet ihr auch die Liste der gewählten VertreterInnen zur LandesvertreterInnenversammlung aus unserem Bezirk. Diese wird am 02.11. im Anschluss an den Programmparteitag die Landesliste zur Bürgerschaft aufstellen.

Wir sind also mittenmang in einer spannenden und heißen Phase aktiven Parteilebens. Möge sie zur Belebung und wir erweitert zum gesellschaftlichen Aufbruch aus den Fängen des Neoliberalismus zu einer neuen, solidarischen, aufgeklärten und zivilen

Demokratie beitragen.

Mit solidarischen und kämpferischen Grüßen,
Alexander Benthin

Autorenbrief ...

In der Septemбераusgabe des MitteN Mang ist auf Seite 5 ein Bericht über das Kinderfest der BO Wilhelmsburg/Veddel abgedruckt. Darunter steht mein Name.

Diesen Artikel habe ich so nicht geschrieben.

Am 02. September erhielt ich zwei Mails von Bernhard. In der Einen teilte er mir mit, dass mein Beitrag zum Kinderfest nur verkürzt abgedruckt wird. In der Zweiten war das fertige MitteN Mang als Anhang versendet worden.

Dass mir eine Artikelkürzung mitgeteilt wird, das erachte ich als mein Recht. Darauf zu reagieren, glaube ich, sollte ebenfalls das Recht von Autor*inn*en sein. Nicht am gleichen Tag, sondern viel früher hätte ich informiert werden müssen. Dann wäre der Bericht mit Sicherheit nicht gedruckt worden.

Mein Artikel wurde inhaltlich völlig verändert.

Da stellt sich die Frage nach dem „Warum“. Weil ich die Fraktion wegen der zumindest teilweise verweigerten finanziellen Unterstützung des Kinderfestes angegriffen habe. Bernhard hat deshalb „Aus aktuellem Anlass“ die **Redaktionsgrundsätze** aus dem Jahr 2007 abgedruckt. Mein Artikel sei so formuliert, dass, Zitat von Bernhard: „Schaden für die Partei möglich“ sei.

Ein gutes Argument, den von mir eingereichten Artikel – wenn überhaupt- nur gekürzt zu drucken.

Wäre da nicht direkt unter meinem Bericht ein Artikel von Volker Honold mit dem Titel: **Neuanfang?** in voller Länge zu lesen.

Volker greift den neu gewählten Vorstand recht übel an. Von einigen Genossinnen, Genossen hörte ich, dass dieser Angriff gegen den Vorstand parteischädigend sei.

Wenn die Fraktion angegriffen wird, dann werden alle negativen Passagen rigoros gestrichen.

Wenn der Vorstand angegriffen wird, dann wird der Artikel in voller Länge abgedruckt.

Nun mag es daran liegen, dass ich keinen Durchblick habe, aber mir scheint, hier wird sehr unterschiedlich reagiert auf ein gemeinsames Delikt.

Ich habe dafür ganz andere Begriffe.

Manfred Schubert, Wilhelmsburg, 28. September 2014

und Entgegnung:

Falsch, lieber Manfred.

Dein Artikel wurde in der Tat gekürzt, weil die dort enthaltenen Informationen teilweise sachlich nicht zutreffend waren und zum anderen Teil geeignet gewesen wären, Partei **und** Fraktion zu schaden.

Die unterschwellige Unterstellung, hier würde strömungspolitisch motivierte Zensur geübt, halte ich in der Tat für völlig abwegig. Aber wenn dieser Eindruck von vielen GenossInnen geteilt werden sollte: Ich muss kein MitteN Mang machen. Mir sind meine Nerven für solche Art Auseinandersetzung jedenfalls zu schade.

Solidarischen Gruß,
Bernhard

Endlich weg!?

Nach meinem Ausscheiden aus der Bezirksschatzmeisterfunktion habe ich mich von meiner ehemaligen Stadtteilgruppe in St.Georg schon persönlich verabschieden können. Ohne Wehmut verließ ich den Bezirk, dessen Gründungsvorstand ich anzugehören das Glück hatte.

Im Juni habe ich mich auch aus dem Bezirksverband in Richtung Nord bewegt, wo ich schon über ein Jahr im Stadtteil Winterhude in einer schönen Neubauwohnung mein Domizil aufgeschlagen habe und schon Mitglied in der Stadtteilgruppe Barmbek geworden bin. Ich habe vor, nun mal „nur“ Stadtteilgruppenarbeit am gar nicht mehr so neuen Wohnort zu machen. Um einen großen(?) Deutschen zu zitieren: Schau`n mer mal, ob's klappt!

Ich habe, nicht nur in den letzten beiden Jahren als Bezirksfunktionär, „klare Kante“ gezeigt, wo ich's für angezeigt hielt. Darum auch wird der eine oder die andere drei Kreuze machen und sich freuen, dass ein „Partei-rechter“ weniger die Aktivitäten des Neuanfangs zu schwächen versuchen kann.

Ich werde u.a. als weiterhin-Leser dieses Magazins die Vorgänge im Auge behalten und beruflich den einen oder die andere b.a.w. immer mal wieder treffen. Für Fragen, nicht nur zum alten Verantwortungsbereich, bereit zu stehen ist selbstverständlich.

Weiterhin halte ich unsere Partei für objektiv notwendig, auch wenn ich subjektiv über ihre Entwicklung in Hamburg eher besorgt bin. Sind doch in der neuen Partei für überwindbar gehaltene Politikformen in den letzten Jahren eher stärker geworden. Zerstören wir den Laden nicht selber von innen heraus durch Ausgrenzung, Verächtlichmachung, sektiererisches Rechthaben in gestanzten wirkenden Reden, u.a.m.

Ich wünsche dem Bezirksverband Mitte alles Gute. Euer Organisationsbereich ist ein gewichtiger Teil im Landesverband, „unsere“ potentielle Wählerschaft ist weit vertreten. Geht untereinander pfleglich mit euch um!

Volker Honold

Christiane Schneider

Ich bewerbe mich für eine Kandidatur im Wahlkreis 1.

„... erkämpft des Menschen Recht“: Nicht erst seit 1888, dem Entstehungsjahr der „Internationale“, aus der diese Zeile stammt, ist der Kampf für Menschen- und Grundrechte eines der zentralen Anliegen aller Emanzipationsbewegungen. Diese Aufgabe hat auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt, wie uns die sozialen und politischen Konflikte auch hier in Hamburg vor Augen führen.

Meine politischen Schwerpunkte in- und außerhalb der Bürgerschaft liegen in den Bereichen Innen-, Flüchtlings- und Justizpolitik sowie im Antifaschismus. Auf all den Feldern geht es immer auch und vor allem um die Unterstützung von Menschen, die (staatliche) Repression, Angriffe auf ihre Grund- und Menschenrechte, die Verletzung ihrer Menschenwürde erfahren. Ich verstehe die zitierte Zeile aus der „Internationalen“ nicht so, dass irgendeine dritte Kraft die Rechte der Entrechteten erkämpft, sondern dass diese selbst, im Zusammenschluss mit anderen, ihre Rechte erkämpfen und verteidigen. Ein großartiges Beispiel dafür ist der Kampf der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ für ihr Bleiberecht, ein Kampf, der die Unterstützung zahlloser Menschen gefunden hat, auch der LINKEN und ihrer Bürgerschaftsfraktion: In- und außerhalb der Bürgerschaft haben wir uns für die Rechte der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“, gegen den menschenunwürdigen Umgang mit und die Entrechtung von Flüchtlingen und für eine grundlegende Änderung der Flüchtlingspolitik engagiert.

Ein weiteres wichtiges Feld meiner politischen Tätigkeit sah und sehe ich in der Verteidigung und Stärkung der Grundrechte gegen eine Staatsmacht und ihre Sicherheitsbehörden, die stets bestrebt sind, ihre Befugnisse auszuweiten. So habe ich in vielen öffentlichen Auseinandersetzungen, z.B. über die Repression migrantischer Jugendlicher in Altona-Nord, über die Ereignisse rund um den 21.12.13 und über die Gefahrengelände, in Veranstaltungen, z.B. zu „Racial Profiling“ oder „Versuchsfeld Stadion“, und mit parlamentarischen Initiativen z.B. zur Abschaffung der Gefahrengelände oder für individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten unsere Positionen offensiv vertreten.

Hart umkämpft ist die Aufgabe der Aufklärung des NSU-Terrors, der auch in Hamburg ein Opfer gefordert hat, der Rolle der militanten Neonaziszene in Hamburg im bundesweiten Unterstützungsnetzwerk und des in erheblichen Teilen bewussten und gewollten Staatsversagens. Durch kräftige Auseinandersetzung im Parlament, durch gute Zusam-



menarbeit mit den außerparlamentarisch arbeitenden Kräften der Aufklärung und durch Mobilisierung von Gegenöffentlichkeit möchte ich auch in den nächsten Jahren zur lückenlosen Aufklärung beitragen. Ein weiterer Schwerpunkt der antifaschistischen Arbeit wird die Auseinandersetzung mit der AfD.

Die Justizpolitik spielt in der Politik der Partei nur eine geringe Rolle, in der Öffentlichkeit ist der Einsatz für Strafgefangene oder (Ex-)Sicherungsverwahrte alles andere als populär. Für eine linke, emanzipatorische Politik ist die Verteidigung der Menschenwürde von straffällig gewordenen Menschen jedoch von großer Bedeutung, denn hier werden Maßstäbe gesetzt, wie eine Gesellschaft mit Konflikten umgeht, ob und wie weit der Ausschluss von Menschen vorangetrieben werden kann. Deshalb engagiere ich mich für die Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Menschen nicht nur allgemein, sondern konkret und vor Ort, wie mit einer gut besuchten Veranstaltung in Moorburg, mit der ich mich in dem Konflikt um die Unterbringung ehemaliger Sicherungsverwahrter im Dorf sehr deutlich und mit positiver Wirkung positioniert habe.

Ich bin mit 66 Jahren nicht mehr jung. Aber soweit meine Kräfte reichen, möchte ich meine Positionen und meine Erfahrungen in die zukünftige, hoffentlich gestärkte Fraktion und in eine kräftige Oppositionsarbeit einbringen.

Mehmet Yildiz

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber drauf an, sie zu verändern.“ Karl Marx

Meine Kandidatur für den Wahlkreis 2 (Platz 1)

Ich bin 37 Jahre alt, vom Beruf Elektroinstallateur und bin Vater zweier Kinder. Ich wurde als jüngstes von sechs Kindern einer kurdischen Arbeiterfamilie, in der türkischen Provinz Kayseri geboren. Seit meinem 12. Lebensjahr lebe ich in Deutschland.

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft IG Bau, der DIDF, der VVN-BdA und der Partei DIE LINKE. Darüber hinaus bin ich aktiv in den LAGs Sport und Migration sowie im LAK Kinder und Jugend (KiJu).

Seit meiner Jugend bin ich politisch aktiv und engagiere mich für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und für eine offene Gesellschaft, die für Gleichberechtigung, kulturelle Vielfalt und Menschenrechte steht.

Seit Februar 2008 bin ich Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und dort zuständig für die Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie, Migration und Sport. Seit der Bürgerschaftswahl 2011 verrete ich den Wahlkreis 2 als direkt gewählter Abgeordneter.

Ich möchte erneut in unserem Wahlkreis 2 (Bilstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder, Platz 1) und auf der Landesliste für die Hamburgische Bürgerschaft kandidieren.

Der Bereich *Kinder-, Jugend- und Familienpolitik* sowie Sportpolitik war und ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit in der Bürgerschaft; wir haben hier Strukturen und Netzwerke (Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe) mit aufgebaut und mit vielen BündnispartnerInnen aus dem Kinder- und Jugendhilfebereich sowie Vereinen zusammengearbeitet und konnten viele wichtige Impulse setzen.

Zum Artikel auf S. 11:

Antiziganismus – Geschichte, Alltag, Gegenwehr

Übergriffe auf Roma sind allgegenwärtig. In öffentlichen Debatten geht es um "Problemhäuser", "Armutszuwanderung" und "Bandenkriminalität". Noch wird um einen adäquaten Umgang mit dieser vermeintlich neuen Form der Diskriminierung gerungen. Auch eine linke Analyse und die Positionierung im Umgang mit Antiziganismus stecken noch in den Anfängen. Gemeinsam möchten wir in diesem einführenden Workshop historische Kontinuitäten darstellen, Begrifflichkeiten und Konzepte beleuchten. Wir, als nicht von Antiziganismus betroffene, wollen nicht über Roma und Sinti sprechen, sondern über den allgegenwärtigen



Die Arbeit in diesem Politikfeld ist mir sehr wichtig, weil hier die Grundlagen für eine solidarische Zukunft gelegt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit in der Bürgerschaft während der vergangenen Jahre war und ist die Migrations- und Flüchtlingspolitik. Auf verschiedenen Ebenen haben wir uns gegen Ausgrenzung und Diskriminierung eingesetzt und dabei mit dem Landeselternausschuss, Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen und den MigrantInnenorganisationen kooperiert. Nach wie vor werden Hunderttausende MigrantInnen und besonders Flüchtlinge diskriminiert, isoliert und ausgegrenzt. Diese Zustände sind unhaltbar und müssen von links bekämpft werden.

Außerparlamentarische Arbeit ist wichtig, um auch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Neben der bürgerschaftlichen Arbeit ist es für eine sozialistische Partei unabdingbar, die Friedensfrage und die internationale Solidarität stets als Leitlinie der eigenen Politik im Auge zu behalten.

Wir brauchen weiterhin eine starke linke Opposition für ein gerechteres, demokratisches und solidarisches Hamburg. Ich möchte weiterhin meinen Beitrag dazu leisten und die bisherige Arbeit fortführen. Daher bitte ich um Eure Unterstützung für meine Kandidatur.

gen Antiziganismus, über Stereotype, Ressentiments und zugrundeliegende gesellschaftliche Werte. Wie sehen Stereotype aus, die Roma und Sinti nicht benennen? Wir laden ein, die eigene Positionierung zu reflektieren und zu diskutieren, wie eine solidarische Haltung aussehen kann.

Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Larissa Denk und Clemens Fobian, beide Bildungsreferent_innen, Hamburg

Freitag, 10.10.2014 | 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr

W3 - Werkstatt für internationale Kultur und Politike. V., Hamburg, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Manfred Schubert

Kandidatur Direktmandat WK 2, Platz 1



Ich bewerbe mich für das Direktmandat im Wahlkreis 2 für die Wahl zur Bürgerschaft am 15. Februar 2015 auf Platz 1.

Zur Begründung:

Ich arbeite seit Mitte der 1980er Jahre im Bereich der Umweltpolitik. In der vergangenen Legislaturperiode der Bezirksversammlung habe ich für die Partei „Die LINKE“ im Umweltausschuss der BV gesessen. Auch in der laufenden Legislatur bin ich für den Umweltausschuss gemeldet. In der Bürgerschaft möchte

ich ebenfalls im Umweltbereich arbeiten.

Nicht nur im Bezirk Hamburg-Mitte, in ganz Hamburg haben die Menschen große Probleme durch einen jahrelangen Sozialabbau.

In der Bürgerschaft möchte ich mich für eine bessere Sozialpolitik stark machen.

Weitere Argumente werde ich mündlich vortragen.

Wilhelmsburg, 28. 9. 2014
Manfred Schubert

Keine Kandidatur

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf der Mitgliederversammlung zur Wahl der Delegierten zur LandesvertreterInnenversammlung am 6.9.14 hatte ich meine Bereitschaft bekräftigt, dass ich für den WK 1 Hamburg-Mitte auf Platz 1 kandidiere.

Nach intensiven Gesprächen mit meiner Familie und Freunden habe ich sehr schweren Herzens entschieden auf eine Bürgerschaftskandidatur zu verzichten. Die Beweggründe sind ausschließlich persönliche. Es liegen keine politischen Motive zugrunde. Ich habe mich entschlossen 2017 Deutschland zu verlassen. Vor diesem Hintergrund wäre eine Kandidatur unaufrichtig. Ich stehe also als Kandidat nicht zur Verfügung, werde mich aber weiterhin für eine engere Bindung zwischen Fraktion und Partei einsetzen. Meine teilweise inhaltlichen und persönlichen Differenzen mit Christiane Schneider konnten in den letzten Wochen – teilweise - durch Diskussion ausgeräumt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, Hamburg gehört weder der SPD noch der CDU oder der Handelskammer. Mehr LINKE in der Bürgerschaft wird Hamburg gut tun, dafür brauchen wir starke Kandidatinnen und Kandidaten und starke Abgeordnete. Wer auch immer von euch im Wahlkreis 1 Hamburg-Mitte auf Platz 1 nominiert wird, sie/er muss einen Wahlkampf führen, der nicht die Augen vor Fehlern der bisherigen SPD-Politik verschließt. Das setzt Kenntnis über die vergangene Politik aber auch über die Ziele unserer künftigen Politik in Hamburg voraus.

DIE LINKE braucht ein/e Bürgerschaftsabgeordnete/n, die/der mit Sachverstand und Erfahrung, aber auch mit Herz und Leidenschaft Hamburg-Mitte vertritt.

Solidarische Grüße
Evert Kaleveld

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der LINKEN HH-Mitte am 6. September 2014:
„Wenn Menschen widerstehen, handeln Tatsachen.“ (Heinrich Mann, 1936)

Zum Rohentwurf des Bürgerschaftswahlprogramms

- 1) Der Bezirksverband Hamburg-Mitte begrüßt die vom Landesvorstand vorgelegte Präambel „**Hamburg ohne (Schulden-)Bremsen: Soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden!**“ für das Bürgerschaftswahlprogramm.
- 2) Das Protokoll der BMV wird dem Landesvorstand und der Endredaktionskommission zur Verfügung gestellt.
- 3) Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden internationalen Lage befürwortet der Bezirksverband, dass die Friedensfrage im Wahlprogramm und im Wahlkampf einen hohen Stellenwert einnimmt. Angesichts des sächsischen Landtagswahlergebnisses gilt dasselbe für die Politik gegen die neofaschistische NPD und die nationalchauvinistische AfD.
- 4) Der Bezirksverband erwartet, dass das Wahlprogramm erheblich leserlicher wird. Es muss gekürzt und qualifiziert werden. Wir gehen mit der Präambel davon aus, dass das Wahlprogramm kein Regierungsprogramm oder ein parlamentarischer Rechenschaftsbericht ist und auch kein Katalog von Versprechungen für Stellvertreterpolitik. Vielmehr soll das Programm aufklärerisch, bewegend und ermunternd sein und den emanzipatorischen Anspruch „eine(r) hoffnungsvolle(n) Perspektive“ erfüllen, damit „Motivation für Kritik, Protest, politisches Engagement und Beteiligung in Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen“ geschaffen wird.

Unsere am 6. September gewählten Wahlfrauen und –männer für die LandesvertreterInnenversammlung am 2. November:

| | | |
|---------------------------|--------------------------|-------------------------|
| Frauen: | Christiane Schneider | Martin Wittmaack |
| Kerstin Fremder-Sauerbeck | (Keine Ersatzdelegierte) | Evert Kaleveld |
| Lea Degener | Männer: | Tim Eckbrett |
| Christine Wolfram | Mehmet Yildiz | <i>Ersatz:</i> |
| Franziska Hildebrandt | Kristian Glaser | <i>Ronald Kelm</i> |
| Despina Chaluppa | Alexander Benthin | <i>Steffen Leipnitz</i> |
| Anne Winter | Ronald Wilken | <i>Thomas Stahlhut</i> |
| Jennifer Wiesbeck | Martin Dolzer | <i>Manfred Schubert</i> |
| Verena Brachvogel | Jörg Günther | <i>Jörg Otto</i> |
| Christine Detamble-Voss | Stefan (Teddy) Dührkop | |
| Maureen Schwalke | Jürgen Olschok | |

Unser kommunalpolitisch Aktiven – Wer macht was?

Lange war offen, welche Ausschüsse in welcher Größe es im Bezirk künftig geben wird. Inzwischen ist die Entscheidung gefallen, es gibt drei Ausschüsse weniger (Umwelt und Verkehr wurden zusammengelegt, Haushalt fällt weg, Sport wird künftig im Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport behandelt). Außer den Unterausschüssen für Bauangelegenheiten werden alle Ausschüsse 15 Mitglieder haben, so dass wir in allen Ausschüssen wieder zwei Mitglieder und zwei ständige VertreterInnen haben werden.

Die Fraktionsversammlung am 26.9. hat über die Besetzung der neu geschnittenen Ausschüsse der Bezirksversammlung beraten und beschlossen. Auch wurden z.T. neue VertreterInnen der LINKEN für die Beiräte im Bezirk benannt. Da bleibt noch einiges offen, sowohl ganze Beiräte als auch StellvertreterInnenplätze!

Ausschüsse der Bezirksversammlung

Hauptausschuss

1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
2. Mitglied: Stefan Dührkop

Jugendhilfeausschuss

Mitglied: Christine Detamble-Voss
Zugewählte Bürgerin: Anja Post-Martens

Bauausschuss

1. Mitglied: Steffen Leipnitz
2. Mitglied: Roberto Politz

Ständiger Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz
Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Stadtplanungsausschuss

1. Mitglied: Stefan Dührkop
2. Mitglied: Maureen Schwalke

Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz
Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

Kultur- und Denkmalsausschuss

1. Mitglied: Ina Morgenroth
2. Mitglied: Bernhard Stietz-Leipnitz

Ständiger Vertreter: Tilman Rosenau
Ständiger Vertreter: Jorge Carvajal-Gomez

Umwelt- und Verkehrsausschuss

1. Mitglied: Maureen Schwalke
2. Mitglied: Stefan Dührkop

Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

1. Mitglied: Stefan Dührkop
2. Mitglied: Steffen Leipnitz

Ständiger Vertreter: Harald Singler
Ständige Vertreterin: Verena Brachvogel

Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport

1. Mitglied: Ina Morgenroth
2. Mitglied: Tim Eckbrett

Ständige Vertreterin: Christine Detamble-Voss
Ständiger Vertreter: Harald Singler

Cityausschuss

1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
2. Mitglied: Steffen Leipnitz

Ständige Vertreterin: Ina Morgenroth
Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

Regionalausschuss Finkenwerder

1. Mitglied: Stefan Dührkop
2. Mitglied: Kerstin Fremder-Sauerbeck

Ständiger Vertreter: Christian Sauerbeck
Ständige Vertreter: NN

Unterausschuss Bau des RegA Finkenwerder

Mitglied: Stefan Dührkop
Ständige Vertreterin: Kerstin Fremder-Sauerbeck

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

1. Mitglied: Stefan Dührkop
2. Mitglied: Christine Wolfram

Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
Ständiger Vertreter: Michael Czerwinski

Unterausschuss Bau des RegA Wilhelmsburg/Veddel

Mitglied: Manfred Schubert
Ständige Vertreterin Christine Wolfram

Beteiligungsgremien:

Entwicklungsraum Billstedt/Horn (Forumsbeirat)

Willi Mittelstedt
Vertr.: NN

Quartier I –

Schiffbeker Berg / Legiencenter / Washingtonring
NN

Quartier II – Jenkelweg / Archenholzstraße

Wolfgang Strauß

Quartier III – Steinfurther Allee / Kaltenbergen

NN

Billstedt S 3 – Mümmelmansberg

Maureen Schwalke

Osterbrookviertel

Marion Fisch

Münzviertel

Bernhard Stietz-Leipnitz
Vertreter: Steffen Leipnitz

Horner Geest – Nachsorge

NN

Marckmannstraße - Nachsorge (Stadtteilrat Rothenburgsort)

Bernhard Stietz-Leipnitz
Vertr.: Frank Rinnert

St. Georg-Mitte

Bernhard Stietz-Leipnitz
Vertr.: NN

Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmansberg

1. Mitglied: Maureen Schwalke
2. Mitglied: Tilman Rosenau

Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß
Ständiger Vertreter: Bernd Forkel

Unterausschuss Bau des RegA Billstedt/Mümmelmansberg

Mitglied: Maureen Schwalke
Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß

Regionalausschuss

Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

1. Mitglied: Tim Eckbrett
2. Mitglied: Marion Fisch

Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner
Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Unterausschuss Bau des RegA Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Mitglied: Tim Eckbrett
Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner

Beirat Gängeviertel

Lukas Götsche

St. Pauli-Nord S 3 – Karolinenviertel (Kernbereich)

Bela Rogalla
Vertreterin: Siri Keil

St. Pauli S 5 – Wohlwillstraße

Verena Brachvolgel
Vertr.: Holger Knorr

Veddel – Nachsorge

Stefan Dührkop
Vertr.: NN

Wilhelmsburg – Sonderfördergebiet

Manfred Schubert
Vertr. NN

Wilhelmsburg S 5 – Südliches Reiherstiegviertel

Jörg von Prondzinski
Vertr.: NN

Wilhelmsburg S 6 – Zentrum (Berta-Kröger-Platz)

Christine Wolfram
Stellvertreter: Heiko Laue

Bürgerforum Hafencity

Christine Detamble-Voss
Vertreter: Roberto Politz

Der rot-grüne Koalitionsvertrag – Licht und Schatten

Seit gut einer Woche ist der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen für die kommenden fünf Jahre in der Bezirksversammlung veröffentlicht. Immerhin 28 Seiten und teilweise gut klingende Ziele. Manchmal glaubt man sogar eine leise Kritik an der Schuldenbremse zu vernehmen ... Auf jeden Fall lohnt es sich für die Bezirksfraktion, den Vertrag zu studieren und die Taten der Koalitionäre an ihren dortigen Aussagen zu messen.

Hier einige ausgewählte, teilweise (*kursiv*) kommentierte Zitate:

„Erklärtes Ziel ist und bleibt es, in Hamburg-Mitte ausreichend bezahlbare Wohnungen zu bauen. Die Koalition legt Wert auf die richtige Mischung (*wie sieht die aus? Drittmix überall?*). Im Kernbereich des Bezirks muss auf einen hohen Anteil geförderter Wohnungen genauso viel Wert gelegt werden, wie auch darauf, dass in den Wohnstadteilen (Hamm, Horn, Billstedt und Wilhelmsburg) auch bezahlbarer freifinanzierter Wohnungsbau entsteht (*12,50€ aufwärts???*). Insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften und die SAGA/GWG sollen noch mehr Anreize bekommen in Hamburg-Mitte zu bauen.“ (Präambel, S. 2)

„Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in Hamburg-Mitte zukünftig weiterer Bedarf an der Einrichtung von Fördergebieten besteht. Insbesondere ist auf folgende Gebiete zu achten: Finkenwerder Altstadt, Billstedts Zentrum, Bahnhofsviertel Wilhelmsburg, die Veddel und Horn.“ (RISE, S.4) *Richtige Idee, aber wo kommt die Kohle her?*

„Die Koalitionsparteien vereinbaren, dass die Drucksache 20/9/13 dahingehend weiterentwickelt wird, die finanzielle Absicherung der Beiräte, die in Zukunft völlig aus bezirklichen Mitteln erfolgen muss, an einem noch zu entwickelnden Basismodell zu erfolgen hat, in dem auch die Parameter für einen vergleichbaren Ansatz des Verfügungsfonds festgelegt werden. Dieses Basismodell wird eine gleichhohe Verwaltungspauschale für alle Beiräte vorsehen, die die administrative Arbeit sicherstellt. Der Verfügungsfonds errechnet sich aus der Einwohnerzahl und den Sozialkennzahlen des Sozialmonitorings des jeweiligen Beiratsgebietes. (*Mein Vorschlag: Nach der Zahl der teilnehmenden Bewohnerinnen an den Beiratssitzungen!*) Der hierfür auf Landesebene eingerichtete Quartiersfonds soll nach den tatsächlichen Bedarfen (z.B. Anzahl der Fördergebiete) in den Bezirken verteilt werden (*sehr richtig, wird aber nicht passieren.*). Die Koalition vereinbart, dass die Beiräte für eine Zusatzfinanzierung auch externe Spenden einwerben kön-

nen. (*Das wollen wir ausdrücklich nicht!!*)“ (Beteiligungsstrukturen, S. 5)

„Die Koalition wird sich daher für eine kontinuierliche Verbesserung der Ausstattung der bezirklichen Dienststellen für Wohnraumschutz, sowohl in personeller als auch finanzieller Hinsicht, einsetzen.“ *War da nicht eine Schuldenbremse mit Zwang zum Personalabbau?* (Wohnraumschutz, S.6,)

„Die Koalition steht zu den Großveranstaltungen in Hamburg-Mitte.... Die Anzahl der Großveranstaltungen im Kerngebiet des Bezirks soll reduziert werden.“ *Was denn nun?* (Öffentlicher Raum, S. 8)

„Die Überplanung des Verkehrsnetzes zu Gunsten aller (*Wie geht das???*) Verkehrsteilnehmer wird Raum schaffen. ... Frei werdende Flächen, die durch die Optimierung des Fahrradnetzes in Hamburg-Mitte entstehen, sollen kreativ und sinnvoll genutzt werden, beispielsweise für neue PKW-Parkmöglichkeiten oder Grünflächen.“ (*Interessante Priorität!*) (Umwelt und Verkehr, S. 8/9)

„Die bereits bestehenden Institutionen Hamburg-Mittes, wie die Stadtteilkulturzentren, die Bürgerhäuser und die Geschichtswerkstätten sollen den Menschen die Nähe zur Kultur vermitteln. Die Geschichtswerkstätten sind das Gedächtnis der Menschen unserer Stadtteile. Die dort gesammelte Geschichte dokumentiert Entstehung und Entwicklung von Stadtteilen, die nirgends anderswo zu finden sind. Daher will die Koalition die Geschichtswerkstätten (z.B. in Billstedt und Horn) verstärkt unterstützen. Hierbei muss auch die Landesebene mitwirken.“ *Klingt gut, aber: Im Zeichen der Schuldenbremse und eines eingefrorenen Stadtteilkulturetats wird die Unterstützung aus warmen Worten bestehen ...*

„Neben der Organisation der Unterbringung von Flüchtlingen setzt sich die Koalition dafür ein, eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund zu etablieren und das Engagement der vielen Ehrenamtlichen in diesem Bereich zu unterstützen. Sie will Kooperationsmodelle z.B. mit Vereinen, städtischen Unternehmen und Community Centern erarbeiten und auch kleine Projekte nachbarschaftlichen Engagements unkompliziert mit Sondermitteln unterstützen.“ *Da bedarf es mehr als ein paar Sondermitteln, es gilt, den populistischen ‚Wutbürgern‘ entgegen zu treten, sich nicht anzubiedern!* (Flüchtlinge, S. 14)

Der Vertrag im Netz:

<http://www.gruenemitte.com/neues-aus-mitte/>

Bernhard Stietz-Leipzig

St. Georg: Der Wahlkampf hat schon begonnen

Aufmerksame Zeitungsleser haben es ja mitbekommen: Eine Gruppe von „WutbürgerInnen“ (MoPo) hat den Wahlkampf in St. Georg begonnen, einige davon vielleicht, ohne es zu wollen. Worum geht es?

Ein offener Brief zur Lage am Hansaplatz, unterzeichnet von 73 Menschen, wurde an den Bürgermeister, die Presse und andere geschickt. Und Abendblatt, BILD, MoPo und taz griffen ihn begeistert auf. Ein Kernsatz: „Es bedurfte (2002, BSL) eines Rechtspopulisten im Senat, um seinerzeit den Hansaplatz ansatzweise von den Drogen zu befreien!!!“ Abgesehen davon, dass das Quatsch ist: Damit ist die Richtung vorgegeben und der Wahlkampf pro AfD eingeläutet, ob die UnterzeichnerInnen des Briefes das nun wollten oder nicht.

Ganz sicher gibt es Handlungsbedarf am Hansaplatz, es ist laut und dreckig dort. Kriminalität gibt es ganz sicher. Teilweise solche, die erst kraft neugeschaffener Verordnungen des SPD-Senats existiert (Kontaktverbotsverordnung).

Der SPD-Bezirksfraktionsvorsitzende Falko Droßmann ist sich nicht zu schade, für BILD gemeinsam mit den „Wutbürgern“ zu posieren. Da scheint in der Tat Vergesslichkeit zu herrschen: Das hat vor 12 Jahren auch schon nicht funktioniert: Wenn der

Rechtspopulismus erst mal im Angebot ist (Schill, AfD ...) dann nützt es auch nichts mehr sich anzubiedern. Da muss klar gegen gehalten werden.

Und natürlich muss das Gespräch gesucht werden, wenn denn die Briefeschreiber dazu bereit sind. Der Vorschlag eines „Runden Tisches“ wurde von verschiedenen Seiten gemacht, ich bin gespannt, ob er zu Stande kommt. Denn ich befürchte, dass die Hauptakteure nicht nach Lösungen für alle suchen, sondern allein ihre Forderungen und Interessen durchsetzen wollen.

Unsere Aufgabe dabei ist es, klar zu machen, dass der öffentliche Raum für alle Menschen da ist und jedeR das Recht hat, sich dort aufzuhalten – solange er/sie bestimmte Grundregeln des Zusammenlebens einhält.

Im Stadtteilbeirat hat sich der Vertreter der Polizei korrekterweise auf genau diesen Standpunkt gestellt. Möge es ihm nach der Wahl besser ergehen als seinem Vorgänger 2002, der von Innensenator Schill ganz plötzlich weggelobt wurde.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Antiziganismus

Das Ergebnis einer im September diesen Jahres veröffentlichten Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist erschreckend: Jeder dritte Deutsche fände Sinti und Roma als Nachbarn sehr unangenehm, die Hälfte der Bevölkerung denkt, dass Sinti und Roma durch ihr eigenes Verhalten Feindseligkeit hervorrufen und jeder Zweite hält Einreisebeschränkungen für ein probates Mittel, um Probleme im Umgang mit Sinti und Roma zu reduzieren.

Keiner Bevölkerungsgruppe wird in Deutschland weniger Sympathie entgegengebracht als Roma und Sinti. Besonders auffällig ist, dass Sinti und Roma in allen sozialen Schichten und über Altersgrenzen hinweg nicht als gleichberechtigt wahrgenommen werden. Die tief sitzenden Vorurteile gegenüber Sinti und Roma werden demnach nicht nur in obskuren Schichten am rechten Rand unserer Gesellschaft immer wieder reaktiviert. Nein! - Die deutsche Mehrheitsgesellschaft lehnt Sinti und Roma ab.

Sinti und Roma in Wilhelmsburg

Sinti und Roma und Mitbürger mit Migrationshintergrund prägen das bunte Wilhelmsburger Stadtbild – so tragen die Mädchen der Sinti und Roma traditionell von der Pubertät an nur noch Röcke.

Jedes Jahr im Frühling wird im Wilhelmsburger Bürgerhaus das Elbinsel-Gypsy-Festival veranstaltet. Wer schon einmal zu Gast bei dieser Veranstaltung gewesen ist, wird nicht nur die Musik, sondern auch die große Warmherzigkeit der Veranstalter zu schätzen wissen. Bekannteste Großfamilie der Sinti und Roma in Wilhelmsburg ist Familie Weiss, die seit rund 200 Jahren in Hamburg, seit dem 15. Jahrhundert in Deutschland lebt. 1982 wollte die Stadt die Großfamilie umsiedeln, raus aus ihren Wohnwagen an der Süderelbe, rein in feste Häuser, verteilt über ganz Hamburg. Doch die Weiss' wollten zusammenbleiben. So baute die Stadt ihnen den Ring in Wilhelmsburg, 44 Miethäuser für 144 Familienmitglieder, ein Modellprojekt mit dem Ziel, die Sinti besser in die Gesellschaft zu integrieren. Im selben Jahr hatte Helmut Schmidt als erster Kanzler den NS-Völkermord an den Sinti und Roma öffentlich anerkannt. Das Oberhaupt der Familie Weiss, Emil, war Elf als 1939 in der Schule die Sintikinder von den anderen getrennt wurden. Eine „Zigeunerklasse“ entstand, in die alle Kinder von Sechs bis 14 Jahren gingen. Am 16. Mai 1940 wurden 1000 Sinti und Roma aus ganz Norddeutschland, davon 550 aus Hamburg, in den Fruchtschuppen C im Freihafen gepfercht und von dort über den Hannoverschen Bahnhof

deportiert - viele ins Vernichtungslager Belzec im von der Wehrmacht besetzten Teil Polens. Von der Familie Weiss ist die Hälfte während des Nationalsozialismus ermordet worden. Mindestens 80 Prozent der im Mai 1940 deportierten Hamburger Sinti sollen nach Schätzungen die Lager nicht überlebt haben. Emil Weiss überlebte, weil er bei der Harburger Gummiwarenfabrik Phoenix Waggon entlud – als Zwangsarbeiter. Dem heutigen Konsumtempel `Phoenix-Center` in Harburg begegnet er verständlicherweise mit gemischten Gefühlen. Der Hamburger Senat verstand die Siedlung im Georgswerder Ring auch als eine Geste der Wiedergutmachung.

Die demütigende Suche für das Haus des Landesvereins der Sinti in Hamburg zeigt, dass Familie Weiss auch im 21. Jahrhundert gegen Diskriminierungen der Sinti und Roma kämpfen muss. Nach einem Jahr vergeblicher Haussuche fand der Landesverein im Industriegebiet Rotenhäuser Straße in Wilhelmsburg schließlich doch noch ein Haus, weil es dort keine Nachbarn gibt, die sich beschweren können. Diese Erfahrung deckt sich mit dem Befund der aktuellen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, wonach jeder dritte Deutsche Sinti und Roma als Nachbarn sehr unangenehm fände.

Psychologie der Stereotypen und Vorurteile

Stereotypen dienen dazu, einen Gegenstand, eine Person oder eine Gruppe zu charakterisieren. Ein Vorurteil ist ein Urteil, das ohne vorherige Erfahrung über etwas gefällt wurde. Beide erfüllen für die Menschen die Funktion, Unsicherheit und Bedrohung psychisch abzuwehren. Sie dienen dazu, die Welt überschaubar zu machen, Komplexität zu reduzieren. Sie schaffen Sicherheit für das eigene Handeln. Darüber hinaus können sie zur Stabilisierung des Selbstwertgefühls beitragen und liefern mitunter ein gesellschaftlich gebilligtes Objekt für die Aggressionsabfuhr. Sie entlasten unser Alltagsbewusstsein, indem Situationen und Personen nicht immer wieder neu bewertet und interpretiert werden müssen. Sie haben also eine individuelle und eine gesellschaftliche Funktion.

Stereotypen und Vorurteile sind äußerst resistent gegen Veränderungen, da diese die Persönlichkeitsstruktur betreffen. Kurz gesagt: Sie haben eine Entlastungsfunktion, sie steuern die Wahrnehmung und verhindern damit auch neue Erfahrungen, da die Vorurteilsbehafteten den Kontakt mit den Objekten ihrer Vorurteile vermeiden. Ein Antisemit wird die Bekanntschaft mit Juden meiden, ein Rassist den Kontakt mit Ausländern. Vorurteile und Stereotypen sind wie das liebgezwungene Mobiliar unseres Weltbildes, das ungern „umgeräumt“ wird. Vorurteile dienen der schnellen und zuverlässigen Orientierung in einer sozial komplexen Umwelt und vermitteln das Gefühl der sozialen Zugehörigkeit.

Antiziganismus

Der Antiziganismus speist sich aus kulturell vermittelten Bildern, Stereotypen und Sinngehalten, aus "Wissen" also, das Jahrhunderte alt ist und in immer neuen Variationen tradiert wird. Mit den realen Menschen, die von Antiziganismus betroffen sind, hat diese Vorurteilsstruktur kaum etwas gemein. Sie führt gewissermaßen ein Eigenleben. Weil aber die Stereotype und Sinngehalte des Antiziganismus nur sehr indirekt etwas mit Roma und Sinti zu tun haben, vielmehr aber mit der Vorstellungswelt der Mehrheitsbevölkerung, ist es notwendig, von Antiziganismus zu sprechen, nicht von "Rassismus gegen Sinti und Roma".

Eine zentrale Motivation, diskriminierende oder ausgrenzende Handlungen zu vollziehen, kommt aus den Vorurteilen und Stereotypen, die in der Kultur der Mehrheitsbevölkerung weit verbreitet sind. Die meisten deutschen Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung wachsen mit solchen Vorurteilen über "Zigeuner" auf, ohne, dass sie jemals bewusst eine/n Angehörige/n der Minderheit der Roma und Sinti kennengelernt haben. Viele dieser Vorurteile sind negativer Art, beispielsweise das Gerücht, "Zigeuner" würden Kinder stehlen. Doch es gibt auch positiv anmutende Vorurteile, wie beispielsweise das romantische Bild vom "lustigen Zigeunerleben". Auf der Ebene der Sinnstruktur jedoch unterscheiden sich positive und negative Stereotype nicht. Ob es in antiziganistischen Darstellungen also heißt, "Zigeuner" seien faul und arbeitsscheu, oder ob es in vermeintlich wohlmeinenden Beschreibungen heißt, "Zigeuner" lebten fröhlich in den Tag hinein, ohne sich Sorgen um ihr Auskommen zu machen, ergibt auf der Ebene der Sinnstruktur keinen Unterschied. In beiden Fällen ist der Sinn der Aussage, zu verdeutlichen, dass "Zigeuner" nicht, wie es nach den gängigen sozialen Normen gewünscht wäre, fleißig und diszipliniert arbeiteten. Die tiefer liegende Ursache des Antiziganismus kann also in sozialen Normen und Strukturen der Mehrheitsgesellschaft gesehen werden. Als "Zigeuner" Stigmatisierten wird von der Mehrheitsgesellschaft unterstellt, sie würden gegen die vorherrschenden Normen und Moralvorstellungen verstoßen.

Aktuelle Situation der Sinti und Roma

„Jede Menge Roma-Gruppen, die überall einbrechen“, hieß es in einem Spielfilm in der ARD-Talkshow "Günter Jauch" im Sommer 2014. Dieses Zitat ist für Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, ein Beispiel dafür, wie die "gesamte Minderheit unter Generalverdacht" gestellt wird. Rose beobachtet eine "zunehmende europaweite Hetze gegen die Minderheit". Eine Folge seien brutale Gewalttaten wie die gegen den 16-jährigen Roma Darius. Er wurde

im Juni in Frankreich ins Koma geprügelt und lebensgefährlich verletzt. "Sinti und Roma neigen zur Kriminalität", mehr als jeder zweite Befragte stimmte dieser Aussage zu, so das Ergebnis einer Rechtsextremismus-Studie der Universität Leipzig vom Juni 2014. Die Forscher sehen einen Grund für diese "abwertenden Aggressionen" auch in der öffentlichen Debatte zur sogenannten "Armutszuwanderung". Es ist auffällig, dass die Zuwanderungsdebatte antiziganistisch geführt wird. Seit Mitte 2012 wird der Begriff "Armutszuwanderer" in der Öffentlichkeit gleichgesetzt mit dem Begriff "Roma". Dadurch werden Roma die Eigenschaften zugeschrieben, die man den sogenannten Armutszuwanderern zuschreibt: Sie werden pauschal als faul und als Sozialschmarotzer bezeichnet. Es heißt, sie würden Müll und Lärm produzieren oder zur Kriminalität neigen. Wer regelmäßig Medien konsumiert, hat gelernt, dass Roma Armutszuwanderer seien.

Auch wenn das Wort "Zigeuner" selbst öffentlich kaum noch verwendet wird, die antiziganistischen Bilder haben die Debatte um die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien sehr stark geprägt.

Sensibilität für Antiziganismus in den Medien ist kaum vorhanden. Es finden sich immer wieder - auch in öffentlich-rechtlichen Medien und in seriösen Tageszeitungen - Sätze, die so für keine andere Gruppe geschrieben würden. Die Web-Redaktion der ZDF-Nachrichtensendung 'heute journal' titelte beispielsweise: "Es kommen nicht nur Roma, es kommen auch Akademiker". Hallo!!! - Geht's noch!?! Hochqualifizierte Roma, die es selbstverständlich auch gibt, kennt die Debatte nicht, weil sie nicht ins Bild passen. Dieser Satz könnte so für keine andere Gruppe geschrieben werden. "Es kommen nicht nur Muslime, es kommen auch Akademiker", das würde zu Recht nicht als Titel für eine Nachricht durchgehen. Wenn man die Maßstäbe ansetzt, die analog von einer kritischen Rassismus- und Antisemitismus-Forschung angelegt werden, findet man kaum Beiträge, die vorurteilsfrei und minderheitensensibel sind. Um Diskriminierungen zu vermeiden, verschweigen viele Roma und Sinti, dass sie der Minderheit angehören. Genau dadurch aber wird die stereotype Wahrnehmung noch verstärkt. Denn gerade erfolgreiche und seit langem integrierte Sinti und Roma fehlen im öffentlichen Bild dieser Minderheit.

Die vielen Berichte über "zig-tausende Roma", die zuwandern und noch viel mehr, die zu erwarten seien, sind Stimmungen mit alarmistischen Tönen, die stark an die Situation Anfang der 1990er Jahre in Rostock-Lichtenhagen erinnern. Dort kam es nach Dauerberichterstattung und wochenlangen

Debatten über Flüchtlinge, darunter auch viele Roma, zu Ausschreitungen und Brandanschlägen auf ein Asylbewerberheim. "Wären Zigeuner verbrannt, hätte es mich nicht gestört", gab damals die 16-jährige Ramona zu Protokoll. Die Schülerin hatte Benzinbomben in ein Haus voller Menschen geschleudert.

Fazit und Ausblick

Wer sich frei von Vorurteilen gegenüber Sinti und Roma fühlt, soll sich bitte mal für einen kurzen Augenblick ins Jahr 2013 zurückversetzen und ehrlich die ersten Gedanken von damals Revue passieren lassen, die aufkamen, als die Bilder vom Fall der kleinen, süßen, blonden Marie, die in Griechenland bei einem Roma-Paar „aufgefunden“ wurde, das ziemlich heruntergekommen aussah, durch alle Medien gingen. Und? - Wie fällt die selbstkritische Eigenretrospektive aus - also bevor die harmlosen Umstände aufgeklärt wurden? Die Geschichte entsprach nicht nur perfekt dem althergebrachten Klischee der "Zigeuner" als Kinderdiebe. Sie bestätigte auch zum wiederholten Male das Bild der Roma, das sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten, seit dem Ende der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa, in Europa verfestigt hat: Roma als Sozialbetrüger, Schmarotzer und Kriminelle. Ein Bild, wie es in den vergangenen 2 Jahren auch deutsche InnenpolitikerInnen in der Debatte über Armutส์flüchtlinge grob fahrlässigerweise suggeriert haben.

Dass deutsche PolitikerInnen aller Couleur sensibler mit diesem Thema in Zukunft umgehen müssen, ist bzw. sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Den Vorurteilen gegenüber Sinti und Roma muss aber auch gezielt in Gesellschaft und Medien mit positiven Beispielen entgegengetreten werden. Viele wissen zum Beispiel nicht, dass auch Charlie Chaplin und Pablo Picasso dieser Minderheit angehörten. Allerdings ist es mit wenigen positiven Beispielen nicht getan. Auch die mediale Berichterstattung, die noch immer abwertende 'Zigeuner'-Klischees reproduzieren, muss sich ändern. Anscheinend haben viele Journalisten aus ihren Kindertagen Stereotypen über Sinti und Roma mitgenommen. Dies zeigt, dass Antiziganismus kein Problem nur von rechts, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft beheimatet ist.

Vorurteile und Stereotypen sind mächtig. Es bedarf des Willens und der Einsicht, dass der Kontakt mit Minderheiten durch Vorurteile und Stereotypen geprägt ist. Der Lernwille der beteiligten Menschen ist ein erster Schritt, sie aufzuweichen.

Sven-Friedrich Wiese

Termine in (und für) Mitte

Montag, 6.10., 19:00 Uhr

Bildung eines **Wahlaktivs** für die Bürgerschaftswahl, Entwicklung von Wahlkampf Schwerpunkten
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 06.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 7.10., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
Benittstr. 6 (bei Sauerbeck)

Donnerstag, 9.10., 18:30 Uhr

Wahlkreiskandidierendentreffen, , Verabredungen für einen solidarischen Wahlkampf
Buceriusstraße 2, Seminarraum

Samstag, 11.10., 11/14:30 Uhr

BMV/Wahlkreisversammlungen, Wahl der KandidatInnen zur Bürgerschaft s. S. 1

Dienstag, 14.10. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Mittwoch, 15.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 15.10., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 20.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 30.10., 17:30 Uhr

Sitzung der
Bezirksversammlung (öffentlich)
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1. OG

November 2014

Freitag/Samstag/Sonntag 31.10./1.+2.11

Landesparteitag/-vertreterInnenversammlung
Berufsförderungswerk Farmsen
(Einladung ist per Mail erfolgt, Post folgt)

Montag, 03.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 11.11. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 11.11., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 17.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.11, 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 19.11., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

| | | |
|--|-----------------|--|
| Alexander Benthin | | alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de |
| Jörg Günther | | joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de |
| Jan-Peter Klöckner | | jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de |
| Holger Knorr | | holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de |
| Heiko Laue | | heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de |
| Evert Kalefeld, komm. Schatzmeister | | |
| Gesamtvorstand | | info@die-linke-hamburg-mitte.de |
| <i>nachrichtlich:</i> | | |
| Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang) | 040 24 57 40 | stietz-leipnitz@t-online.de |
| Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau | 040 28 57 69 08 | geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de |

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, **IBAN** DE 23 2001 0020 0852 5392 06, **BIC** PBNKDEFF